

Motion von Thomas Gwerder und Patrick Iten, 05.05.2026

Anpassung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz, GG);  
Zulassung externer Prüfstellen zur Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Sehr geehrter Herr Präsident  
sehr geehrter Regierungsrat

Antrag

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der nächsten Teilrevision des Gemeindegesetzes (GG; BGS 171.1) vorzulegen, wie sichergestellt wird, dass:

1. Gemeinden des Kantons Zug ausdrücklich die Möglichkeit erhalten, für die Prüfung von Budget, Jahresrechnung, Kreditabrechnungen und Leistungsaufträgen externe Fachstellen oder Revisionsgesellschaften beizuziehen.
2. Die externe Prüfstelle
  - unter Verantwortung der RPK arbeitet
  - fachtechnische Prüfaufgaben übernehmen darf,
  - den Gemeinden ermöglicht, die RPK in Spitzenzeiten oder bei komplexen Sachverhalten gezielt zu entlasten.
3. Gemeinden die Kompetenz erhalten, diese Möglichkeit in ihren Gemeindeordnungen oder Reglementen eigenständig auszugestalten.

Die RPK bleibt als gewähltes Organ bestehen. Sie behält die abschliessende Verantwortung für den Revisionsbericht an die Stimmbürger und die finanzpolitische Beurteilung, kann jedoch die operative Prüfungstätigkeit flexibel nach eigenem Ermessen delegieren.

Gesetzliche Ausgangslage im Kanton Zug

Die Rechnungsprüfungskommission kann gemäss aktuellem Gemeindegesetz (§ 94, Abs. 4) Sachverständige beiziehen, sofern die Durchführung ihrer Aufgaben besondere Fachkenntnisse erfordert oder im Rahmen der ordentlichen Prüfung nicht gewährleistet werden kann. In Zukunft soll es aber möglich sein, die gesamte Prüfung extern vergeben zu können.

Begründung

- 1. Stärkung der Gemeindeautonomie  
Die Gemeinden im Kanton Zug unterscheiden sich stark in ihrer Grösse und Komplexität. Eine „Kann-Vorschrift“ trägt dieser Vielfalt Rechnung: Gemeinden, die über fachlich hochversierte Milizmitglieder verfügen, können die Prüfung weiterhin selbst durchführen. Gemeinden mit komplexeren Strukturen oder Rekrutierungsschwierigkeiten erhalten die rechtliche Sicherheit, die operative Arbeit professionell auszulagern.
- 2. Rechtssicherheit für das Milizsystem  
Obwohl der Beizug Externer heute oft schon gelebte Praxis ist, fehlt teilweise eine klare, kantonsweite gesetzliche Basis für die vollständige Delegation der technischen Prüfung innerhalb des bestehenden RPK-Modells. Die vorgeschlagene Änderung schafft Klarheit darüber, dass die RPK ihre Aufsichtspflicht auch durch die Steuerung und Überwachung eines externen Mandats vollumfänglich erfüllt.
- 3. Fokus auf relevanten Aufgaben  
Durch die Option, die zeitintensive Detailprüfung (Belege, HRM2-Standards) auszulagern, kann sich

die gewählte RPK stärker auf ihre Kernkompetenz konzentrieren: die strategische Finanzaufsicht, die Prüfung der Budgetdisziplin und die Berichterstattung gegenüber der Legislative.

- 4. Qualitätssicherung nach Bedarf  
Die RPK erhält die Möglichkeit, punktuell Expertenwissen einzukaufen (z. B. bei Grossprojekten oder IT-Prüfungen), ohne dass die gewachsenen Strukturen der Milizorganisation in Frage gestellt werden. Dies sichert eine hohe Prüfungsqualität genau dort, wo sie benötigt wird.
- 5. Subsidiarität  
Dieses Modell folgt dem Prinzip der Subsidiarität: Der Kanton gibt den Rahmen vor, aber die Gemeinde bzw. deren RPK entscheidet selbst über den effizientesten Weg der Aufgabenerfüllung.

In verschiedenen Schweizer Kantonen, so etwa in Luzern, ist der Einbezug externer Revisionsstellen längst ein etablierter Bestandteil der kommunalen Finanzaufsicht. Externe Fachpersonen unterstützen dort die politisch gewählten Rechnungskommissionen insbesondere bei der Prüfung der Jahresrechnungen, der Beurteilung des internen Kontrollsystems (IKS), der Analyse komplexer Finanzstrukturen sowie bei vertieften Wirtschaftlichkeits- und Sachprüfungen. Diese Modelle haben sich bewährt, weil sie die Milizbehörden entlasten und zugleich die Qualität der finanziellen Aufsicht erhöhen, ohne dass die demokratische Kontrolle eingeschränkt wird. Der Grundsatz ist derselbe: Die RPK bleibt die verantwortliche politische Instanz, behält die Entscheidungshoheit und die Antragskompetenz, kann ihre Arbeit jedoch durch externes, unabhängiges Fachwissen ergänzen. Damit wird die Aufsicht sowohl professioneller als auch resilienter gegenüber der zunehmenden Komplexität moderner Gemeindeaufgaben.

Eine entsprechende gesetzliche Öffnung im Kanton Zug würde dieselben Vorteile bringen: Die Prüfungstiefe und Professionalität würde steigen, die Transparenz gegenüber Bevölkerung und Gemeindeversammlung würde erhalten bleiben oder sogar zunehmen, und die Milizstrukturen würden gezielt dort entlastet, wo spezialisiertes Fachwissen notwendig ist. Zugleich blieben die zentralen demokratischen Elemente unangetastet: Die Gemeindeversammlung behält ihre Entscheidungskompetenzen, die RPK bleibt politisch verantwortliche Aufsichtsbehörde, und der Föderalismus wird gestärkt, weil jede Gemeinde selbst bestimmen kann, ob und in welchem Umfang sie externe Expertise beiziehen möchte.